

Dieter Egli: «Natürlich bin ich en

Nach dem Aus der Einheitspolizei sagt der Polizeidirektor im grossen Interview, wo er nun Handlungsbedarf sieht, um das duale System zu verbessern.

Philipp Zimmermann und
Dominic Kobelt

Wir treffen Regierungsrat Dieter Egli im Hauptsitz seines Departements Volkswirtschaft und Inneres, einen Steinwurf vom Bahnhof Aarau entfernt. In einem Sitzungszimmer im dritten Stock begrüsst er uns freundlich. Dass ihm das Aus der Einheitspolizei am Tag zuvor zugesetzt hätte, ist ihm nicht anzusehen. Bei der kurzen Fotosession fällt ihm das Lächeln leicht. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, wie das System mit Kantons- und Regionalpolizei besser werden soll.

Wie haben Sie nach dem Nein des Grossen Rats zur Einheitspolizei geschlafen – wie gross ist Ihre Enttäuschung?

Dieter Egli: Natürlich bin ich enttäuscht. Wir haben ziemlich intensiv für die Vorlage gearbeitet. Es ist aber nicht eine persönliche, sondern eine politische Enttäuschung. Damit lernt man umzugehen. In dem Sinn habe ich nicht schlechter geschlafen als sonst.

Wieso ist es Ihnen und den anderen Befürwortern nicht gelungen, andere – vor allem die Gemeindevertreter – von der Einheitspolizei zu überzeugen?

Es sind sehr viele emotionale Argumente gebracht worden. Die ziehen immer – und haben auch eine gewisse Unsicherheit erzeugt. Die Herausforderung beim Planungsbericht war: Wir wollten vom Parlament einen Grundsatzentscheid. Bei einem solchen besteht die Schwierigkeit immer darin, dass mehr Informationen gewünscht werden. Aber das sind genau die Punkte, die man erst nach dem Grundsatzentscheid definiert. Wir haben es offenbar nicht geschafft, das klarzumachen. Selbstkritisch stelle ich mir die Frage, ob ich früher auf die Gemeinden hätte zugehen und mir mehr Zeit dafür hätte nehmen müssen. Ich bin aber der Meinung, dass im Planungsbericht des Regierungsrats schon alle Informationen stehen. Die Gemeinden ihrerseits haben die Grossräten und Grossräte sehr aktiv informiert.

In der Debatte im Grossen Rat nannten Sie die Kritik

«haarsträubend», dass die Einheitspolizei höhere Kosten verursachen würde. Ärgert Sie das? Die Debatte an sich fand ich nicht gehässig. Zwei Punkte haben mich aber geärgert, weil sie meiner Meinung nach nicht stimmen. Dass die lokale Sicherheit pro Einwohnerin und Einwohner jetzt 42 Franken und nachher über 100 Franken kosten soll – diesen Vergleich kann man einfach nicht machen. Man kann kostenmässig eine Kantonspolizei mit spezialisierten Einheiten nicht mit einer Regionalpolizei vergleichen. Eine weitere Fehlinformation ist, dass die Regionalpolizeien das Argovia Fäscht oder andere regionale Anlässe allein abdecken können. Die Regionalpolizeien können Organisation und Koordination übernehmen. Aber wenn es zu Gewalt kommt, zum Beispiel bei einer Messerstecherei, oder die Gefahr dafür

besteht, dann braucht es die Kantonspolizei. Deshalb ist sie bei Festen meistens involviert und übernimmt auch den Lead. Diese sicherheitspolizeiliche Leistung gehört zur Grundversorgung.

Sie versicherten mehrfach, dass die Polizeiposten erhalten bleiben. Gegner der Einheitspolizei zweifelten das trotzdem an.

Wenn man dem Regierungsrat einfach gar nichts glaubt, dann komme ich in der Debatte an eine Grenze. Im Planungsbericht stand klar, dass die Polizeiposten erhalten bleiben sollen und dass die lokale Sicherheit auf jeden Fall erhalten bleiben soll. Alles andere macht auch keinen Sinn.

Sie haben vom Parlament den Auftrag erhalten, das duale System mit Kantons- und Regionalpolizei zu optimieren. Wo sehen Sie den dringendsten Handlungsbedarf?

Bei den Fallübergaben, der Verbindlichkeit von Absprachen und der Pikettregelung. Das Problem bei den Fallübergaben werden wir wahrscheinlich nicht komplett ausmerzen können.

Will jemand bei einem Verkehrsunfall eine Anzeige erstatten, braucht es die Kantonspolizei am Unfallort. Dabei hätten die Regionalpolizistinnen und -polizisten, die teilweise zuerst vor Ort sind, die Ausbildung dazu.

Dieses Thema müssen wir sicher diskutieren. Für eine neue Aufgabenteilung braucht es eine angepasste rechtliche Grundlage. Dann müssten wir auch die Frage anschauen, wie die Ressourcen verteilt werden müssten.

Kommen wir zur Verbindlichkeit.

Die Verbindlichkeit von Absprachen muss auf jeden Fall besser werden. Gemeinsame Planungen und Aktivitäten müssen nicht nur abgemacht und koordiniert werden, sondern auch verbindlich sein.

Können Sie ein konkretes Beispiel geben?

Es geht zum Beispiel um Ausbildung, Weiterbildung und Trainings, mit denen einheitliche Standards etabliert werden sollen. Da hat die Kantonspoli-

«Das System funktioniert jetzt noch gut, aber die Situation wird anspruchsvoller.»



Dieter Egli stellt sich nach dem Nein zur Einheitspolizei selbstkritisch die Frage, ob er früher auf die Gemeinden hätte zugehen und sich mehr Zeit dafür hätte nehmen müssen. Bild: Dlovan Shaheri

zei eine Führungsfunktion. Sie kann aber letztlich nicht durchsetzen, dass alle der 15 Regionalpolizeien bei einer bestimmten Ausbildung mitmachen. Die Führungsfunktion der Kantonspolizei muss verbindlich sein.

Handlungsbedarf sehen Sie auch bei der Pikettregelung – inwiefern?

Das Thema ist mir wichtig. Mehrere Regionalpolizeien sind an sieben Wochentagen 24 Stunden im Dienst und somit rund um die Uhr einsatzbereit. Andere dagegen haben nachts einen Pikettendienst. Das führt dazu, dass die Kantonspolizei immer wieder nachts ausrücken muss, die Regionalpolizei aber eigentlich verantwortlich wäre und erst später auf Platz ist. Hier stellt die Kantonspolizei die Grundversorgung sicher.

Es ist also Ihr Wunsch, dass die Regionalpolizeien sich so organisieren, dass sie diesen 24-Stunden-Dienst selbst gewährleisten können?

Das müssen wir sicher prüfen im Sinn einer einheitlichen Arbeitsweise.

Würde das nicht bedeuten, dass sich kleinere Regionalpolizeien zusammenschliessen müssen?

Die Frage der kritischen Grösse stellt sich dann, wenn es um einheitliche Qualitätsstandards für die Dienstleistungen geht, das ist klar. Das hat auch

wieder mit der Aufgabenverteilung zu tun. Das ist dann der politische Teil der Optimierungsdiskussion, den wir führen müssen.

Das duale System sei auf lange Sicht «nicht zukunftsfähig», sagen Sie schon bei der Präsentation des Evaluationsberichts. Braucht es einen grösseren Leidensdruck, bis die Einheitspolizei irgendwann doch kommt?

Es geht jetzt nicht mehr um die Einheitspolizei. Wir haben den politischen Auftrag, das bestehende System zu optimieren. Und den gehen wir zusammen mit den Gemeinden an. Das System funktioniert jetzt noch gut, aber die Situation wird anspruchsvoller, und irgendwann kommen wir mit diesem System an eine Grenze. Einen Leidensdruck spüren die Regionalpolizeien im Moment nicht, weil sie immer noch das Auffangnetz der Kantonspolizei haben. Wenn eine Regionalpolizei zum Beispiel wegen personellen Unterbestands ihre Leistungen nicht voll erbringen kann, muss das automatisch die Kantonspolizei machen. Umgekehrt gilt dies nicht.

Die Kantonspolizei musste bei der Regionalpolizei Wettingen-Limmattal einspringen, weil diese wegen Personalmangels ihren Patrouillendienst nicht mehr selber stellen kann. Wettingens

Gemeindeammann Roland Kuster warb im Grossen Rat für das «hybride Modell» von gemischten Patrouillen wie im Limmattal. Haben Sie sich dieses Modell schon angeschaut? Sind gemischte Patrouillen realistisch?

Ich kenne den Begriff des «hybriden Modells» erst seit der Debatte im Grossen Rat. Aber nein, gemischte Patrouillen sind nicht das Ziel. Und ich denke, die Politik will das auch nicht. Wir wollen eine Aufgabenteilung, die so sinnvoll wie möglich ist, und nicht zwei Organisationen, die zusammen den gleichen Dienst leisten. In Wettingen zeigt sich aber: Kantons- und Regionalpolizei arbeiten gut zusammen. Im Grossen Rat bestand ja auch ein Konsens: Wenn beide zusammen im Einsatz stehen, dann funktioniert das immer gut. Wettingen zeigt auch, dass die Kultur in den Korps nicht sehr verschieden ist. Wettingen ist aber eine Übergangssituation und soll kein Modellfall sein.

Welche Arbeiten nehmen Sie nun in Angriff?

Wie gesagt, ich will die Optimierung des dualen Polizeisystems auftragsgemäss umsetzen. Die Eckpunkte haben wir im Planungsbericht schon aufgezeigt. Wir müssen dabei abklären, welche Optimierungen wir auf welcher Gesetzesstufe angehen. Und wir wer-

ttäuscht»



Zur Person

Dieter Egli, 53, gehört dem Aargauer Regierungsrat seit 2021 an. Der SP-Politiker steht dem Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) vor. In diesem Jahr amtiert er erstmals als Landstatthalter. Egli, wohnhaft in Windisch, gehörte ab 2002 bis zur Wahl in den Regierungsrat dem Grossen Rat an. (az)

den zusammen mit den Regionalpolizeien und Gemeinden diskutieren, an welchen Punkten wir ansetzen wollen. Hier eine gemeinsame Sicht zu finden, wird das erste Ziel sein.

Sie haben das in der Debatte angetönt: Lläuft die Optimierung des dualen Systems darauf hinaus, dass die Gemeinden mehr zahlen, aber weniger mitbestimmen können?

Die Gefahr besteht sicher. Wer was finanziert, das werden wir im politischen Prozess aushandeln müssen. Klar ist der politische Wille zu einem dualen System mit Aufgabenteilung. Klar ist auch, dass die Gemeinden den Bereich der lokalen Sicherheit selber abdecken und finanzieren wollen. Aber die Kantonspolizei muss eine Führungsfunktion innehaben und durchsetzen können,

wenn es um Schwerpunktbildung und gemeinsame Einsätze geht.

Ein Beispiel wäre eine Einbruchswelle mit mehr Polizeipräsenz in den Regionen?

Ja, oder ein thematischer Schwerpunkt, wo wir sagen: Wir machen das selbe in allen Regionen.

Sie sagten vorhin, Sie wollen das duale System umsetzen.

Ein Departementswechsel nach den Wahlen im Herbst kommt für Sie nicht infrage?

(Überlegt.) Darüber habe ich noch nicht intensiv nachgedacht. Ein Departementswechsel steht für mich aber nicht im Vordergrund. Es gibt viele spannende Aufgaben in diesem Departement.

Beim letzten Derby zwischen dem FC Aarau und dem FC Baden kam es zu Ausschreitungen. Haben diese im Aargau zugenommen, seit beide Klubs in der Challenge League spielen?

Sie haben zugenommen. Aber das ist wohl üblich bei Regionalderbys, die halt Emotionen mit sich bringen. Die Aargauer Derbys können je nach Situation im Vorfeld als Risikospiele beurteilt werden, bei denen es mehr Einsatzkräfte vor Ort braucht. Aber wir haben sicher weniger Risikospiele als bei einem Aargauer Verein in der Super League.

Am vorletzten Samstag war die Kantonspolizei nicht nur wegen des Derbys gefordert, sondern musste auch eine Veranstaltung in Tegerfelden auflösen, wo der Rechtsextreme Martin Sellner einen Vortrag zu Remigration hielt. Kam die Kantonspolizei ans Limit mit ihrem Personal?

Ans Limit kam sie nicht. Solche Kombinationen von Einsätzen binden Personal, das sonst woanders auf Patrouille wäre.

Der Fall Sellner hat den Kanton Aargau in die internationalen Medien befördert. Wäre der Einsatz anders abgelaufen mit einer Einheitspolizei?

Nicht wesentlich. Für die Aktivitäten im Vorfeld und für die Auflösung der Veranstaltung brauchte es die Kantonspolizei. Vor Ort war auch eine Regionalpolizei-Patrouille zur Unterstützung. Die Zusammenarbeit hat gut funktioniert.

Tesla-Besitzer Elon Musk hat auf X in Zweifel gezogen, ob das Abführen von Martin Sellner legal gewesen ist. Was hätten Sie ihm geantwortet?

Ich nehme an, er weiss, dass sich polizeiliches Handeln immer auf eine gesetzliche Grundlage stützt. Ich habe mich übrigens schon vor einer Weile von X verabschiedet, weil ich die Diskussionen dort als nicht sehr konstruktiv empfinde.

Der Verein des Kantonalen Weinbaumuseums will Personen, die es mieten wollen, in Zukunft besser prüfen. Können Vermieter solcher Liegenschaften auf die Hilfe der Kantonspolizei zurückgreifen?

Veranstalter können sich bei einem Verdacht oder bei Unsicherheit immer bei der Polizei melden und sich von ihr beraten lassen. Die Kantonspolizei betont das immer wieder: Rufen Sie lieber einmal zu viel als einmal zu wenig an.